

Hon.Prof. Dipl.-Ing. nat. techn. Dr. Jur. Dipl. in Law Heinrich Wohlmeyer

F. A Hayek blockiert -

Wie die von ihm geforderte gesellschaftliche Dynamik ausgehebelt wird, und welche Auswege sich anbieten.

Vorbemerkung

Dieser Beitrag geht auf einen Vortrag beim Hayek Club Salzburg vor sechs Jahren zurück der auf Initiative von Bernhard Pichler stattfand.

Wie sehr die gesellschaftlich-moralischen Rahmenbedingungen, die F. A. Hayek voraussetzt bzw. einfordert, weggefallen sind, zeigt die Tatsache, dass mir auf der Heimfahrt im Zug meine Aktentasche mit den Unterlagen entwendet wurde. Gegenbeispiel: Ein Firmkind, das zur selben Zeit in Kyoto dissertierte, vergaß seine Kamera auf einer Bank vor einem frequentierten Museum. Am nächsten Tag entschuldigte sich der Portier beim Nachfragenden, dass er ihn mangels Adresse nicht von seinem Vergessen verständigt habe.

Vor diesem Unterschied im Kleinen bewegt, sah ich in den Folgejahren mehr auf die Kriminalstatistiken und die politischen Einflussnahmen. Meine Beobachtungen kleidete ich in den Satz „Der Staat als die Privatbeute der Parteien“. Das ‚Ibiza Video‘ ist ein Blitzlicht in diese Richtung und der Umgang mit diesem ebenso (Ausschnitte aus widerrechtlich gemachten Filmaufnahmen werden widerrechtlich laufend gezeigt, um daraus Kapital zu schlagen, und auch im Parlament breitgetreten). Dazu kommen nun die massiven dirigistischen Eingriffe in das gesamte Gesellschaftsleben im Rahmen der Corona-Krise, bei denen das bewährte Epidemiegesetz ex 1950/1960, in dem Ersatzansprüche festgelegt sind, durch ‚Bittsteller-Gesetze‘ ersetzt wurde. Als Reaktion zu diesen Zeitläuften in Bezug auf F. A. Hayek müsste man wohl sagen: Er rotiert an seiner Heimat verzweifelnd in seinem Grab am Neustifter Friedhof zu Wien.

F. A. Hayeks wesentliche Thesen

Um nach dem bewährten Dreischritt <Sehen – Urteilen – Handeln> vorgehen zu können, seien die wesentlichen Thesen Hayeks kurz aufgelistet:

- Jede staatliche und überstaatliche Planwirtschaft übt ‚Anmaßung von Wissen‘. Die ‚Sozialingenieure‘ können das Wissen dezentraler spontaner Ordnungen und Selbstorganisationen nicht ersetzen.

- Die Sicherung der spontanen Ordnungen durch generelle gesetzliche Regelungen ist die wesentlichste Aufgabe des Staates.
- Zu den Aufgaben des Staates gehören daher:
 - Die Schaffung einer Rechtsordnung die Vertragsfreiheit, Schutz des Eigentums und Haftungen für Schaden zufügende private und öffentliche Eingriffe vorsieht
 - Die Bereitstellung öffentlicher Güter (Bildung, Gesundheit, Sicherheit).
 - Zertifizierung und Informationen, die der Sicherheit und Gesundheit dienen.
 - Die Erhebung von Steuern (Abgaben)
 - Die Sicherung eines Mindesteinkommens

In seiner ‚Road to serfdom‘ (Weg zur Knechtschaft) (1944) vertritt F. A. Hayek noch die Position der Marktwirtschaft ohne Adjektiv (market economy without prefix). Dadurch kam er in Gegensatz zu den Ordoliberalen, wie Walter Eucken und Ludwig Erhard, die eine ‚gezügelten‘ Markt einforderten. In seinem umfassenden Alterswerk ‚Die Verfassung der Freiheit‘ (1960) nähert er sich in seinen philosophischen, soziologischen und wirtschaftlichen Überlegungen den Ordoliberalen an (Forderung, dass die Märkte generellen, kontrollierenden Regelungen unterliegen).

Wie die von F. A. Hayek angestrebte wohlstandsmehrende und Freiheit gewährende Gesellschaftsverfassung ausgehebelt (blockiert) wird.

Hayek ging in seinen Analysen, Konzepten und Empfehlungen immer von einer fair funktionierenden Konkurrenz der Akteure auf freien Märkten aus. Die zunehmenden Monopol- und Oligopol-Bildungen und die staatlichen Unterstützungen der ‚Big Player‘ führen jedoch zu einer einseitigen Vermachtung der Märkte. Die ‚Handelskriege‘ der letzten Jahre und die spezielle Großinteressen schützenden ‚Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen‘, die neben den generellen multinationalen Regelungen der WTO (GATT) abgeschlossen werden, sowie die völkerrechtswidrige ‚Sanktionspolitik‘¹ zeugen von dieser Entwicklung.

Im Finanzbereich hat dies Papst Pius XI bereits 1931 in der Enzyklika

¹ Der Philosoph und Präsident der International Progress Organisation Prof. Hans Köchler spricht von der „Sicherung des Herrschaftsanspruchs durch Sanktionspolitik“ diese müsste mit ‚Wirtschaftskriegsführung‘ benannt werden.

Quadragesimo Anno, par. 105 ff geradezu prophetisch benannt: „Am auffallenden ist heute die geradezu ungeheure Zusammenballung nicht nur an Kapital, sondern an Macht und wirtschaftlicher Herrschgewalt in den Händen einzelner, die sehr oft gar nicht Eigentümer, sondern Treuhänder anvertrauten Gutes sind², über die sie mit geradezu unumschränkter Machtvollkommenheit verfügen. Zur Ungeheuerlichkeit wächst die Vermachtung der Wirtschaft sich aus bei denjenigen, die als Beherrscher und Lenker des Finanzkapitals unbeschränkte Verfügung haben über den Kredit und über seine Verteilung nach ihrem Willen bestimmen. Mit dem Kredit beherrschen sie den Blutkreislauf des ganzen Wirtschaftskörpers, das Lebenselement der Wirtschaft ist derart unter ihrer Faust, dass niemand gegen ihr Geheiß auch nur zu atmen wagen kann.

Diese Zusammenballung der Macht ist das natürliche Ergebnis einer grundsätzlich zügellosen Konkurrenzfreiheit, die nicht anders als mit dem Überleben des Stärkeren, d. i. allzu oft der Gewalttätigeren und Gewissenloseren enden kann, ist das Eigentümliche der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung.“

Rezent wurde diese Vermachtung in der allgemein zugänglichen Studie der ETH-Zürich *The Network of Global Corporate Control* ex 2011 identifiziert³ und von OXFAM im Bericht zur sozialen Ungleichheit (*Report on Public Goods and Private Wealth* 2018) aufgezeigt⁴ sowie von der Politökonomin Maja Göpel in Ihrem jüngsten Buch *Unsere Welt neu Denken* (Ullstein 2020) aktuell benannt. Letztere spricht von einem kapitalistischen Neofeudalismus – einer globalen

² Entgegen der üblichen Meinung sind die Einleger bei einer Bank nicht mehr Eigentümer ihres Guthabens, sondern haben nur eine Forderung an sie. Diese kann verloren gehen, wenn die Bank insolvent wird.

³ Die Studie hat aus 30 Mio ökonomischer Akteure gemäß der OECD-Datenbasis *Orbis* (2007) 43.060 TNCs ausgewählt und auf ihre Konnektivität untersucht. Sie kam zu dem Ergebnis, dass eine kleine Gruppe von Finanzdienstleistern (financial intermediates) die „Super Entity“ bilden und dass die ‚top ranked actors‘ überraschenderweise zehnmal mehr Kontrollmöglichkeiten halten, als ihrem Wert (wealth) entspricht.

⁴ Der Forbes Milliardärsbericht <https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static> und der Global Wealth Report 2020 der Boston Consulting Group (BCG) unterstreichen dies. Die Finanzvermögen von \$ 226,4 Billionen betragen bereits das 2,7-fache des Weltbruttoproduktes (World-BIP) und die Gesamtvermögen von \$ 900 Billionen das rd. 10-fache. Da die Finanzvermögen um rd. 2,5 Mrd./a steigen öffnet sich die Einkommensschere zugunsten der Kapitaleinkommen immer mehr. Dadurch sinkt der Anteil der Arbeitseinkommen am Volkeinkommen. Da sich die großen Kapitaleigner außerdem zum Großteil ihres Beitrages zur Finanzierung der Gemeinwesen entziehen (Steuervermeidung) kommen dadurch auch die öffentlichen Budgets in Notlage und können die öffentlichen Dienste (Güter), die Hayek voraussetzt, nicht mehr ausreichend erbringen.

Plutokratie - und fordert einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Der Befund ist also zwingend, dass die Konzentration ökonomischer Macht in den Händen einiger weniger Akteure, den von F. A. Hayek geforderten und vorausgesetzten Wettbewerb aushebelt.

Im Bankenbereich ist das Ausschalten des Wettbewerbs ebenso ersichtlich: Das Festlegen eines ‚Null-Zinssatzes‘ durch die Europäische Zentralbank (EZB) und von Negativzinsen für Bankeinlagen sowie von Aufkaufprogrammen von Anleihen verschuldeter Staaten und Unternehmen, verzerrt die Märkte hin zu einer Blase, die in Zukunft zu platzen droht bzw. platzen muss.

Die Bildung eines *natürlichen Zinssatzes*, der sich nach Anbot und Nachfrage richtet ist somit ausgeschaltet. Hayek hat in seiner Konjunkturforschung dem natürlichen Zinssatz eine ausgleichende Schlüsselrolle zugeordnet: In Zeiten der Hochkonjunktur steigt die Nachfrage nach Krediten und daher steigen die Kreditzinsen. Diese Entwicklung wirkt bremsend. Wenn nun wegen der höheren Kreditkosten die Nachfrage nach Krediten sinkt, dann sinkt das Zinsniveau, und es besteht ein Anreiz zu investieren. Derzeit ist dieser Mechanismus ausgeschaltet und konjunkturelle Entwicklungen verlaufen ungebremst bis hin zum ‚crash‘.

Hinzu kommt die Vermachtung innerhalb des Bankwesens selbst. Die kleinen gesunden Banken werden zugunsten der abzudeckenden Spekulationsverluste der Dachinstitute mit Hilfe der Finanzaufsicht geplündert und fusioniert.⁵

Wir sollten aber noch eine Entwicklung bedenken, die F. A. Hayek nicht voraussehen konnte, die aber derzeit dominiert. Der Epigone und zugleich Kritiker von F. A. Hayek, Milton Friedman, postulierte, dass im Unterschied zu Hayek (Betonung des natürlichen Zinssatzes) und zu J. M. Keynes (Betonung

⁵ Ein Beispiel ist die kerngesunde Volksbank Gmünd im Maltatal, die 2014 eine Eigenkapitalquote von 18 % hatte und von der FMA unter Androhung eines Finanzkommissars und der Einstellung der IT-Dienste zur Fusion und zur Ablieferung der Reserven verhalten wurde. Geplündert flüchtete sie sich schließlich in die neu gegründete Dolomitenbank. Der Staat (die FMA) greift also zugunsten von Großinteressen ein und fungiert nicht mehr als Sicherer des fairen Wettbewerbes, wie F. A. Hayek es fordert, sondern als Büttel von Großinteressen.

Wie stark die Konzentration geplant fortschreitet, zeigt ein Gespräch von Vertretern der Finanzelite, das ein Kollege zufällig in den Couloirs von Brüssel mithörte. Die Herren meinten, dass für Europa ein System von sieben Großbanken sinnvoll wäre, um den Finanzmarkt effizient kontrollieren zu können.

In England gibt es gegenwärtig nur mehr vier Großbanken und insbesondere keine regionalen Banken mehr. Dies hat den Prof. für International Banking an der Universität von Southampton, Dr. Richard Werner, veranlasst, eine Initiative zur Gründung lokaler Sparkassen und Raiffeisenbanken zu starten (Local First CIC).

des Konsums, Nachfrageorientierung) auch die Produktion (Angebotsorientierung) die Konjunktur bestimmt. Bei dieser spielen vor allem die Löhne und Gehälter eine Rolle. Diese müssten flexibel sein und in Zeiten der Flaute nach unten angepasst werden, damit die Konjunktur wieder anspringt. In diesem Prozess der flexiblen Anpassung gibt es eine „Natürliche Arbeitslosenquote“ der Arbeit Suchenden.

Im Zeitalter der Vollautomatisierung⁶ spielt jedoch das Lohnniveau eine untergeordnete (wenn nicht sogar kaum eine) Rolle. Es gibt somit eine durch Lohnsenkungen nicht überbrückbare Arbeitslosigkeit. Die Friktionsarbeitslosigkeit („natürliche Arbeitslosigkeit“) tritt nur sehr eingeschränkt im Spezialistenbereich auf.

Der Befund muss daher lauten: Unter den gegenwärtigen institutionellen und technischen Rahmenbedingungen müssen wir F. A. Hayeks Thesen neu und angepasst durchdenken. Er hätte als umfassend gebildeter Beobachter und Logiker, als Jurist, Ökonom, Soziologe, Historiker und Philosoph sicher der neuen Situation angepasste Schlüsse gezogen.

Welche Wege aus der Blockade bieten sich an?

Ich denke, dass es erforderlich ist, die institutionellen und technischen Möglichkeiten zu verschwistern und mit den eingangs kurz aufgezählten Aufgaben, die F. A. Hayek den Staaten zumisst, in Einklang zu bringen.

Das zentrale Anliegen Hayeks ist die Sicherstellung des fairen und effizienten Wettbewerbs und von Rechtsicherheit durch allgemeine Regeln für den Erwerb, den Schutz und den Gebrauch des Eigentums.

Die „spontanen Ordnungen“ setzen Dezentralisierung und eine Mehrzahl von ökonomischen Akteuren voraus. Derzeit werden die Fortschritte in der Informatik, Telekommunikation und Mikroelektronik für die Architektur immer größerer Einheiten eingesetzt, die Oligopole und Monopole bewirken. Die modernen Techniken könnten jedoch für intelligente Dezentralisierung und Vernetzung eingesetzt werden. Insbesondere durch die Möglichkeiten der

⁶ Wir sprechen von Computer Integrated Manufacturing (CIM) in dem nur einige Spezialisten den Prozess steuern. Der Autor hat die Automatisierung des Lyocell-Werkes in Heiligenkreuz (Bgl.) im Rahmen des FFGW begleitet. Die Produktion steuerten schließlich zwei Mittelschulingenieure und in der Werkstatt war die Eingreiftruppe ebenso groß.

Mikroelektronik und Informatik können kleine Einheiten effizient gestaltet werden. Zusätzlich können bei der Produktion der Fabrikationsanlagen (Ausrüstungsinvestitionen) die Skaleneffekte (Economics of Scale) lukriert werden, wodurch der Vorteil der Großanlagen wegfällt. Das gängige Argument, dass für kostengünstige Produktionen große Einheiten unabdingbar seien, kann daher entkräftet werden.

Wenn die staatlichen Regeln analog zur Einkommensteuer größere Einheiten progressiv besteuern würden, könnte eine Dynamik zugunsten der kleineren Einheiten ausgelöst werden, und diese würden im Wettbewerb die innovativsten, effizientesten und preisgünstigsten Lösungen finden.

Dies gilt mutatis mutandis auch für die Landwirtschaft. Derzeit wird die Arbeitsproduktivität mittels hohem Kapital-, Energie- und Chemieeinsatz maximiert. Wenn jedoch diese externen Hilfen entsprechend besteuert werden, und die Landwirte in Sinne eines fairen Wettbewerbes vor monokulturell erzeugten Massenprodukten geschützt werden⁷, würde eine standortangepasste, vielfältige Produktion rentabel sein, und ein angepasster Wettbewerb entstehen.

Auf die vermachtende Konzentration im Finanzbereich wurde bereits eingangs hingewiesen. Die derzeitigen internationalen Regelungen gehen vornehmlich zulasten der kleinen Kreditinstitute, denen wenig sinnvolle Dokumentationen, Businesspläne, Fallisements-Simulationen und Haftungen aufgezwungen werden.⁸

Im internationalen Bereich ist es die ökonomisch erstickende Politik und Praxis des IWF und der Weltbank, die im sogenannten „Washington Consensus“⁹

⁷ Dies gilt vor allem auch für den internationalen Handel. Im Sinne eines fairen Wettbewerbs sollte freier Marktzutritt nur erlaubt sein, wenn nachgewiesen wird, dass bei der Erstellung des betroffenen Gutes die ökologischen und sozialen Standards des Bestimmungslandes eingehalten wurden (Bestimmungslandprinzip). Dies ist durch Art. III 4 des GATT, das in die WTO rezipiert wurde, gedeckt.

⁸ Geschäftsführer kleiner Banken haben geklagt, dass sie gegenwärtig rd. die Hälfte ihrer Zeit der vorgeschriebenen Bürokratie widmen müssen, statt sich um die Kunden („ums Geschäft“ zu kümmern). Außerdem drohen ihnen bei den kleinsten ‚Verfehlungen‘ enorme persönliche Strafen. Die Kreditvergabe nach Augenmaß und Bonitätseinschätzung ist passé. Hiervon sind vor allem die lokalen Genossenschaftsbanken betroffen.

⁹ Man verfolgte eine streng kontrollierte (dirigistische) angebotsseitige Stabilisierungspolitik mit radikalen Kürzungen der Staatsausgaben und Staatseinnahmen (Steuern), sowie der Löhne und Gehälter, damit Unternehmen kostengünstig am Weltmarkt agieren, und die gewährten Kredite zurück bezahlt werden können.

ihren Ausdruck fand.

Es bedarf daher einer radikalen Durchforstung der internationalen und nationalen **Finanzarchitektur**, wie ich sie in meinem *Manifest* (Anlage) kurz dargelegt habe, um jene wirtschaftspolitische Situation herzustellen, die F.A. Hayek einfordert, um zu einer wohlstandsmehrenden Dynamik zu kommen. Hayek fordert auch die **Bildung** von mündigen Bürgern, die zur Verwirklichung von spontanen Ordnungen (Verhaltensmustern) fähig sind, und in Sicherheit und Gesundheit leben können; denn nur so können sie ihr persönliches Potential entfalten.

Hierzu ist ein angepasstes, ertragreiches, den Wettbewerb nicht behinderndes **Steuersystem** erforderlich. Dieses habe ich ebenfalls in meinem *Manifest* aufgezeigt.

Noch ein Vermerk zu Hayeks Forderung nach einem **Mindesteinkommen**. Gegenwärtig wird das BGE (Bedingungsloses Grundeinkommen) sogar in einem Volksbegehren propagiert. Ich denke, dass im Sinne Hayeks eine Grundsicherung wünschenswert ist. Diese muss jedoch von etlichen begleitenden Maßnahmen flankiert werden.

Eine ist ein Bildungsprogramm, das die Verantwortung für ein gemeinwohlorientiertes Handeln vermittelt (Die Gemeinschaft gewährt dir eine Grundsicherung, und dafür bringst du deine Talente und Fähigkeiten bestmöglich ein.).

Zwei andere tragende sind, die aufgezeigte strategische Steuerreform, die die Finanzierung ermöglicht, sowie die handels- und sozialpolitische Absicherung gegen die Unterwanderung durch Wohlstandsmigranten, die den geltenden Sozialvertrag nicht mittragen und daher das System zu Einsturz bringen.

Eine gut geplante Grundsicherung fördert den innovativen Wettbewerb, weil es das Risiko von unternehmerischen Initiativen abmildert. Wenn der

Dieser schuldnernerlastige ‚Ausgleich‘ widerspricht dem Konzept einer Clearing Union, wie sie J. M. Keynes, zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg vorgeschlagen hat. In dieser mussten auch die Gläubigerländer (sprich die beherrschende Hochfinanz) einen adäquaten Beitrag zum längerfristigen Ausgleich leisten. Der ‚Erfolg‘ des Washington Consensus zeigt sich exemplarisch in den sich wiederholenden Krisen des einst reichen Landes Argentinien. Hierzu sei noch erwähnt, dass Argentinien zu Beginn der Krisen in die klassische ‚Hochfinanzfalle‘ getappt ist (Aufdrängen von kostengünstigen Krediten ohne Fixzinsklausel und nachfolgende Erhöhung der Zinsen mit diversen Argumenten).

Unternehmende weiß, dass er bei einem Fallisement nicht ins Bodenlose fallen kann, dann wird er eher bereit sein, zu versuchen Neuerungen umzusetzen.

Abschließend sei betont, dass die gegenwärtigen Blockaden der von F. A. Hayek konzipierten wohlstandsmehrenden und Freiheit gewährenden Dynamik eine Reform des rahmengebenden Gesellschaftsvertrages erfordern. Einige Schlüsselstellglieder wurden vorstehend und im beigeschlossenen Manifest aufgezeigt.

Ich denke, dass auch noch eine Aussage des wohl größten Philosophen und Ökonomen des 19 Jh., John Stuart Mill, angefügt werden soll:

F. A. Hayek meinte zurecht: Preissignale sind das einzige Instrument (Mittel, means), das es jedem der eine ökonomische Entscheidung zu treffen hat, ermöglicht verschwiegene oder verstreute Informationen miteinander zu verknüpfen, um ökonomische Berechnungen durchzuführen.

John Stuart Mill, der auch Vorbild von Hayek war, hat dies in zwei kurzen Sätzen zusammengefasst: Der fair geregelte freie Markt bewirkt sie optimale Allokation der Produktionsfaktoren. Die staatlichen Regelungen sollen die gerechte Verteilung des Wohlstandes bewirken.

Ich selbst spreche immer von ‚Delegationswirtschaft‘: Wie in jeder klug gestalteten Organisation soll der Staat die Rahmenregelungen und Ziele vorgeben, aber ein Maximum an Entscheidungen den Unternehmen und den kleinen sozialen Einheiten überlassen. Hierzu ist die direkte Demokratie nach Schweizer Muster ein optimaler Weg¹⁰ zu dem Ideal das F. A. Hayek anspricht: ‚Größtmögliche Freiheit für alle Menschen ruft die kreativen Kräfte hervor, die für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Zivilisation unerlässlich sind.‘¹¹

Anhang – Manifest

¹⁰ Die direkte Demokratie bewirkt, was F. A. Hayek als wünschenswerte Tradition der kleinen Einheiten, die gesellschaftlich-kulturell im Wettbewerb stehen, einmahnt. Konkrete, attraktive Vorbilder gesellschaftlicher Gestaltung bewirken mehr, als hegemoniale Planungen. Ein Beispiel ist das vorbildliche Iglauer Bergrecht, das bis in Übersee kopiert wurde.

¹¹ Ein Eingehen auf die gegenwärtige an A. Huxleys *Brave new World* erinnernde Meinungskontrolle und Meinungsmache durch die Medien und die öffentliche Hand, genannt Förderung von ‚Political Correctness‘, die die Freiheit ebenfalls massiv einschränkt, würde den vorgegebenen Rahmen sprengen.

Handreichung - Manifest - *Unverzichtbare Eckpunkte einer weltweit zukunftsfähigen Gesellschaftsgestaltung*

Vorbemerkung: Diese Handreichung kann nicht erschöpfend sein. Sie beschränkt sich auf die wesentlichen, für eine zukunftsfähige Gestaltung der Gesellschaft unverzichtbaren, internationalen Rahmensetzungen.

Ohne diese drohen alle nationalen Bemühungen und Wohlstandsmodelle ausgehebelt zu werden.

Diese Rahmensetzungen sind so verfasst, dass sie weltweit für alle Gemeinwesen anwendbar sein sollten. Österreich wird beispielhaft angeführt.

Ein Minimum an Erklärungen ist leider unvermeidbar und verlängert das Dokument.

Die Situation: Dass unsere Welt - die wir unseren Nachfahren lebenswert übergeben sollten - vor dem ökologischen, ökonomischen und sozialen Ruin steht, wenn wir wenn wir dulden, dass die Menschheit weiter macht wie bisher, ist eine bedrückende Tatsache. Die Belastungen der Ökosysteme sowie die ökonomischen und sozialen Asymmetrien wachsen in geometrischer Reihe. Sie drohen erstmalig in der Geschichte der Menschheit die ökologischen und gesellschaftlichen Tragfähigkeiten weltweit zu überfordern.

Der nüchterne ‚*Rückblick aus der Zukunft*‘ als wissenschaftliche Methode zeigt dies deutlich.

Die Solidarität mit allen Mitmenschen, den lebenden und auch den kommenden, gebietet ein unverzügliches Umsteuern, denn die künftigen Probleme drohen gewaltig zu werden.

Was sind nun die Eckpunkte eines realistischen Vorgehens? (Punkte A, B, C, D 1-5)

A) Bewusstmachen der Situation und Verantwortung:

Die Mehrheit der Erdenbürger ist derzeit mit ihren aktuellen, persönlichen Problemen beschäftigt und läuft im Hamsterrad der dominierenden Wirtschaftsverfassung. Ihr muss erst die dramatische Entwicklung und die Verantwortung für das „Weitermachen wie bisher“ bewusst gemacht werden – auch die Unzulässigkeit der

üblichen entschuldigenden Reaktionen: Sich Wegstellen (*das ist alles so kompliziert / da bin ich überfordert*), Verharmlosung und Verdrängung (*bisher ist doch alles gut gegangen*), Unterdrückung (*wir lassen uns von niemandem Angst machen!*), Wegschieben (*bei künftigen Knappheiten werden die Märkte ohnehin effizient reagieren*), Abschieben (*die kommenden Generationen müssen - ebenso wie wir - trachten, wie sie zurecht-kommen*) und Delegation nach oben (*da müssen eben die Vereinten Nationen handeln oder eine Weltregierung gebildet werden*). Dasselbe gilt für die Gruppe, die die Gefahren verdrängt (wegleugnet), um ihre Verhaltensmuster nicht ändern zu müssen. Schließlich gibt es auch jene Mitmenschen, die nach dem Motto „hinter mir die Sündflut“ dahinleben. Auch ihnen muss die Verantwortung und ihr gesellschaftliches Parasitentum vor Augen gehalten werden (Im Wege der gesellschaftlichen Ächtung).

B) Renaissance des Völkerrechtes:

Der Traum von einer zukunftsfähig umsteuernden Weltregierung ist nicht realistisch und eine Eigenvertröstung. Wie will man große Gemeinwesen, wie China, Indien und Indonesien, in eine „Weltdemokratie“ unmittelbar demokratisch einbinden? Auch zeigt die historische Erfahrung, dass alle Großsysteme bürgerfern und am Ende de-facto-diktatorisch wurden. Sie sind schließlich trotz mächtiger Militärapparate untergegangen. Die Renaissance des „traditionellen Völkerrechtes“ (bewährte und akzeptierte Regeln) sowie des multilateralen Vertragsrechtes sind daher der sinnvolle Weg.

C) Außerstreitstellung der ethischen Grundlagen:

Alle menschlichen Vereinbarungen bedürfen eines Minimalkonsenses an anerkannten Werten. Die *Allgemeine Deklaration der Menschenrechte* sollte von allen Partnern vorbehaltlos anerkannt

werden. Der *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* sowie der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte*, die auch Überwachungsmechanismen aufweisen, können flankieren.

D) Die Not abwendenden internationalen und nationalen Stellglieder:

Das gegenwärtige Rasen in den Abgrund hat als zentrale Wurzel den systeminhärenten Zwang zum unbegrenzten Wachstum ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Grenzen. Der Haupttreiber hierzu sind die in geometrischer Reihe steigenden Ansprüche der großen Kapitaleigner. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich daher immer mehr und zwar zwischen - sowie auch in - den Staaten. Darüber hinaus drängen immer größere Finanzvermögen zu naturzerstörerischen Kapitalanlagen in Megaprojekten.

D 1) Schaffung einer neuen Finanzarchitektur

International: 1944 wurde von den USA der Vorschlag einer ausgewogenen *Internationalen Clearing Union* (ICU) zugunsten eines Systems des indirekten, um den US-Dollar zentrierten Goldstandards ausgehebelt. Der US-Dollar (USD) wurde als Weltleitwährung etabliert, was einer Lizenz zum ‚Golddrucken‘ gleichkam. Nach der einseitigen Aufhebung dieses Systems (Präsident Nixon 1971) ist der USD nur mehr ‚papiergedeckt‘. Über den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbankgruppe, wo die USA auch gegenwärtig noch über die Sperrminorität verfügen, sowie über die Petrodollar-Strategie wurde/wird die Stellung des USD als Leitwährung abgesichert. Insbesondere durch den Einsatz von neuen ‚Finanzinstrumenten‘, wie die Erfindung diverser ‚Derivate‘, konnten die in Umlauf gebrachten enormen Dollarmengen in einer globalen Finanzblase gebunden werden. Zusätzlich wurden die Dollarüberschüsse anderen Staaten - vor allem den Entwicklungsländern - aufgedrängt, wodurch der europäische Direkt-Kolonialismus durch einen Finanz-Kolonialismus ersetzt wurde (d.h. Bindung der ‚Hilfen‘ an bedingungslosen Freihandel und an Privatisierungsprogramme, die durch ‚Investitionsschutzabkommen‘ flankiert werden). Hierzu kommt, dass die US-Zentralbank (FED) keine Zentralbank im üblichen Sinn, sondern ein Großbankkartell mit Nationalbankprivilegien ist, das vor allem im Interesse der Großkapitaleigner agiert.

Den unerträglich gewordenen Weltschulden stehen ständig wachsende, riesige private Guthaben gegenüber. Hochrechnungen (z.B. von Eichhorn und Solte) haben ergeben, dass bei Fortschreibung des gegenwärtigen Systems bereits binnen drei Jahrzehnten weltweit die gesamten Staatseinnahmen für den Schuldendienst aufgewendet werden müssten. Dieses System ist nun nicht nur unerträglich geworden, sondern auch im Wanken. Der verzweifelte Versuch seiner Absicherung durch weiteres „Leitwährungsgeld-drucken“ flankiert mit militärischen Maßnahmen (Der USD ist ‚militärisch gedeckt‘.) birgt noch dazu Kriegsgefahr und damit größtes menschliches Leid in sich.

Der Ausweg ist ein von der internationalen Gemeinschaft erwirkter möglichst „ehrvoller“ Abtritt der USA von der nicht mehr haltbaren Welt-Leitwährungsposition.

Dieser Schritt müsste folgende **sechs Kernpunkte** enthalten:

- 1) Vereinbarung einer **Weltverrechnungswährung** (genannt *Union-Dollar*, um die USA nicht unnötig zu demütigen) im Rahmen einer **Internationalen Währungsunion (IWU)**, die als Internationale Clearing Union fungieren soll und zinsfreie Überziehungen ermöglicht.
- 2) Festlegung der **Wechselkurse** in Relation zur Weltverrechnungswährung gemäß der **Kaufkraftparität** der Währungen mit Schwankungsbreiten und Anpassungsregeln für strukturelle Ungleichgewichte.
- 3) Zahlung von **Pönalen** (Strafzahlungen) bei Leistungsbilanzüberschüssen und bei Defiziten (Bewirkung ausgeglichener Leistungsbilanzen).
- 4) **Umwandlung des Internationalen Währungsfonds (IWF)** in eine demokratisch legitimierte gemeinwohlorientierte Beistandsinstitution und in ein Sekretariat der IWU.
- 5) **Umbau der Weltbankgruppe** zu einer echten Entwicklungsbank, die im Unterschied zur derzeitigen Weltbankpraxis keine überfordernden Auflagen zugunsten der Großinvestoren macht

(wie: ungezügelter Freihandel, Privatisierung mit Investitionsschutz, Streichung sozialer Dienste und generelle Rückführung der Staatsausgaben).

- 6) **Gleiches Stimmrecht der Staaten.** Um zu verhindern, dass die kleinen sozialen Einheiten von den starken Nationen majorisiert werden und dadurch abermals ein unausgewogenes, die gewachsenen Wirklichkeiten benachteiligendes Regime entsteht, sollten alle Staaten das gleiche Stimmrecht haben.

National: Die Geldschöpfung muss wieder in die Hände der Staaten gelangen.

Merksatz: Wer das Recht der Geldschöpfung Privatpersonen und ihren Zusammenschlüssen gibt, um sich dann von diesen (gegen Zinsen und Rückzahlungsverpflichtung) Geld zu borgen, ist entweder gehirngewaschen, korrupt oder böswillig. Er vergeht sich am Gemeinwohl.

Die **Vollgeldinitiative** ist anwendbar durchgedacht (Prof. J. Huber, Buch: Monetäre Modernisierung 2014). Sie hat vor allem den Vorteil, dass die Geldmenge wieder unter geordnete Kontrolle kommt, wodurch die durch sachlich ungerechtfertigte Ausdehnung und Kontraktion hervorgerufenen Wirtschaftsschwankungen beseitigt werden. Die Staaten können sich kostengünstig selbst finanzieren sowie einen tragfähigen Weg zum Abbau der aufgehäuften Staatsschulden beschreiten, weil der Gewinn aus der Geldschöpfung ungeschmälert den öffentlichen Haushalten zugutekommt und zinsfreies Geld zu Verfügung steht. Durch diese Reform sind auch „Bankruns“ ausgeschlossen. Eine aus unabhängigen Fachleuten zusammengesetzte Währungskommission überwacht die Gestion (=Verwaltung) der Zentralbank und die Geldschöpfung.

Das übliche Kreditgeschäft bleibt bei den Banken. Das Investment Banking wird jedoch vom Spar- und Kreditgeschäft getrennt (keine Spekulation mit Spareinlagen). Internationale Finanztransfers sind meldepflichtig und unterliegen einer Genehmigungspflicht. Wenn die Behörde nicht binnen 24 Stunden Einspruch erhebt, ist die Transaktion automatisch genehmigt. Damit wird Spekulationen und Ausweichmanövern vorgebeugt.

D 2) Schaffung einer gerechteren Welthandelsordnung

- a) Die ökologischen und sozialen Rahmenabkommen müssen gleichrangig mit den WTO-Regeln behandelt werden. Im Konfliktfall haben erstere den Vorrang.
- b) Beim Import muss das **Bestimmungslandprinzip** gelten. D.h. um freien Marktzutritt zu bekommen muss nachgewiesen werden, dass bei der Erstellung des betroffenen Gutes (Ware oder Dienstleistung) die Standards des Bestimmungslandes eingehalten wurden. Allfällige Ausgleichsabgaben zur Kompensation von kostenwirksamen Unterbietungen von Standards speisen einen internationalen Entwicklungsfonds, aus dem jene Staaten gefördert werden, die ihre ökologischen und sozialen Standards anheben.
- c) Die **Kaufkraftparität** der angewendeten Wechselkurse muss gewährleistet sein.
- d) **Angemessener Schutz** von Volkswirtschaften im Entwicklungsprozess („Infant Industry Protection“) und Sicherung der Ernährungssouveränität (Achtung des Menschenrechtes auf eine gesicherte Ernährung).
- e) Renaissance der internat. **Rohstofflenkungs-abkommen** (Commodity Agreements) zur Vermeidung von Spekulationen und zur Schaffung gesicherter Planungsgrundlagen mittels Preisbändern u. Pufferlagern.

D 3) Erschließung jener Steuerquellen, die einen angemessenen Ertrag zur Finanzierung der Gemeinwesen erbringen, ohne negative Wirtschaftsanreize zu bewirken.

Hier wird nur auf die ertragreichsten und auch vor der vorstehend aufgezeigten Strukturreform rasch umsetzbaren Maßnahmen zur Sanierung u. nachhaltigen Finanzierung der Haushalte der Gemeinwesen eingegangen. Punkte a) bis d)

- a) Eine **allgemeine Kapitalumsatzsteuer** von einem Promille (0,1%). Diese kann über die Clearing Plattformen leicht und kostengünstig eingehoben werden. Die Umsätze mit ‚verbrieften Sicherheiten‘ betragen pro Jahr rund \$ 3.000 Billionen. Damit ergibt sich ein aufzuteilender ‚Kuchen‘ von rund drei

Billionen. Diese \$ 3.000 Milliarden sollten mangels eines besseren Maßstabes gemäß dem Anteil einer Volkswirtschaft am Weltbruttoprodukt aufgeteilt werden. Am Beispiel Österreichs (0,6% des WBP) ergäbe sich ein Anteil von \$ 18 Mrd.. Das ist rund das Doppelte des Schuldendienstes (vor der Nullzinspolitik der EZB, die nicht durchhaltbar erscheint).

- b) Eine **Internetabgabe** von 1 Cent je Megabit, das ist ein Millionstel Cent je bit, kann trotz Befreiungen von Bildungs-, Gesundheits- und anderen öffentlichen Diensten sowie der Grundversorgung (insbesondere Ernährung, Energie, Reparatur u. Instandhaltung) und der Einräumung von kostenfreien Freivolumenta je Bürger/in - also vor allem durch die Belastung der überbordenden ‚Spams‘ (Informationsmüll) - für Österreich die Summe von rund € 30 Mrd. erbringen, dies wären rund 30% des Bundesbudgets.

Es ist nicht einzusehen dass Post- und andere Kommunikationsdienstleistungen einer Besteuerung unterliegen, dass aber IT-Dienste mit der Begründung der „Kommunikationsfreiheit“ unbelastet bleiben.

Der kanadische Ökonom A. J. Cordell, der den einen Cent je Megabit vorgeschlagen hat, meinte zur Internetabgabe, dass man Abgaben für die Benützung von Autobahnen als notwendig akzeptiere - bei einer Belastung der modernen ‚Datenautobahnen‘ aber den Untergang ausrufe.

- c) Eine **Besteuerung der Finanzgroßvermögen**, die rund das fast 2,7-fache des Weltbruttoproduktes betragen (rd. \$ 226,4 Billionen) mit einem Steuersatz von 50% auf die durchschnittlich 5% betragende Verzinsung würde rund \$ 5,7 Billionen erbringen; umgelegt auf Österreich rund \$ 34 Mrd. oder rund € 28 Mrd..

- d) Die **Besteuerung aller Großvermögen** (rund \$ 900 Billionen) mit dem gleichen Abgabensatz würde sogar rund \$ 22 Billionen erbringen oder umgelegt auf Österreich rd. \$ 135 Mrd. oder € 110 Mrd..

D. h. das gesamte Bundesbudget wäre abgedeckt. Selbst bei einer Vermeidungsquote von 50% wäre dies noch das halbe Budget.

Allein die ersten drei leicht einhebbaren Steuern würden den „Budget-Tisch“ so reichlich decken, dass nicht nur die Staatsschulden abgebaut, sondern auch das gesamte soziale und kulturelle Netz aus den Einnahmen finanziert werden könnte. Die Not muss offenbar so groß werden, dass der Widerstand der Finanzeliten ähnlich zusammenbricht, wie der ‚reale Sozialismus‘ im Osten Europas.

D 4) Zukunft der Arbeit

Vorbemerkung: Die steigende Arbeitslosigkeit und die offenkundige und bedrückende Zukunftslosigkeit junger Menschen sind das wohl gravierendste gesellschaftliche Problem, das ansteht.

Seriöse Prognosen weisen darauf hin, dass bei Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsarchitektur binnen weniger Jahrzehnte nur mehr ein Drittel der Arbeitskräfte benötigt werden. Es geht hierbei nicht nur um das finanzielle und physische Überleben; denn jeder Mensch will eine sinnvolle Beschäftigung als Lebensinhalt. Wenn für ihn außerdem einsichtig ist, dass seine Tätigkeit auch dem Gemeinwohl dient, dann bringt sie höchste soziale Erfüllung.

Die gegenwärtige Situation ist erdrückend:

Die zunehmende Automatisierung und die zunehmende Einkommensspreizung machen Menschen zunehmend arbeitslos. Die hohen Arbeitslosenraten sind weltweit gesellschaftlicher Sprengstoff. Die bisherigen Gegenmaßnahmen sind zum einen Teil nur palliativ und unzureichend und zum anderen Teil sogar kontraproduktiv. Es genügt nicht Bildung, Innovation, Kompetenz und Unternehmertum zu fördern, wenn die generelle Nachfrage nach Arbeit im gegenwärtigen System strukturell kontinuierlich schrumpft.

Die gegenwärtige Arbeitsmarktpolitik rüstet lediglich zum ‚internationalen Gladiatorenkampf‘ in dem der Natur der Sache nach nur ‚die Tüchtigsten‘ überleben.

Die Gegensteuerung durch billige Kredite und Investitionshilfen verpufft zum Großteil ins Gegenteil, weil

der Rationalisierungseffekt von Ausrüstungsinvestitionen in der Regel höher ist als der Kapazitäts-erweiterungseffekt. D.h. Arbeitskräfte werden freigesetzt; die Arbeitslosigkeit steigt.

Das nachstehende erforderliche Bündel an Maßnahmen ist umsetzbar, wenn es wie oben aufgezeigt, handels- und finanzpolitisch absichert wird.

- a) Die immer wieder geforderte - aber im gegenwärtigen System nicht finanzierbare – **Entlastung der menschlichen Arbeit von Steuern und Abgaben**, wird durch die Erschließung der vorhin angeführten Steuerquellen möglich. Dadurch wird die menschliche Arbeit kostengünstig. Soziale und kulturelle Dienste sowie Reparatur und Instandhaltung werden leistbar.
- b) Das **Bestimmungslandprinzip in der Handelspolitik** ermöglicht den Schutz gegen Arbeitsplätze vernichtende Importe von Waren und Dienstleistungen, die durch Unterbietung der sozialen und ökologischen Standards des Bestimmungslandes einen Preisvorteil haben. Auch die der zunehmenden Automatisierung entsprechende Arbeitszeitverkürzung ist durch die handelspolitische Absicherung möglich.
- c) Der sogenannte ‚**informelle Sektor**‘ (keine klassische Erwerbsarbeit) im kulturellen und sozialen Bereich, wird im Zusammenklang mit der Entlastung der menschlichen Arbeit von Steuern und Abgaben finanzierbar. Auch ein ausreichendes Müttergehalt und eine Mütterpension, sind budgetär leistbar.
- d) Die **allgemeine Grundsicherung** (Grundeinkommen) ist finanzierbar und bleibt kein Traum. Sie muss allerdings handelspolitisch (Bestimmungslandprinzip), sozialpolitisch (Herkunftslandprinzip) und bildungspolitisch (Gemeinwohlethik) abgesichert werden. Die allgemeine Grundsicherung hat den Vorteil, dass einerseits kein Zwang zur Annahme prekärer Arbeitsverhältnisse besteht, um zu überleben, und dass andererseits jeder Bürger seinen Lebensentwurf und seine individuelle Einkommenskombination wählen kann. Dies schafft innovative Arbeit(-splätze). Flankiert durch eine die Gemeinwohlethik betonende Schul- und Allgemeinbildung gepaart mit guten fachlichen Bildungs-offerten können hierdurch das individuelle Glück u. das bestmögliche Gemeinwohl angestrebt werden.
- e) **Umbau der Bedarfsdeckungssysteme** gemäß den Systemprinzipien der Biosphäre.

Die oben aufgezeigten Rahmensetzungen ermöglichen auch den für das Überleben der Menschheit unverzichtbaren Umbau der Bedarfsdeckungssysteme. Dieser Umbau bewirkt nicht nur die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Investitionsphase, sondern auch dauerhafte dezentrale Arbeitsmöglichkeiten in der Folge.

Kernpunkte sind die solare Orientierung der Energieversorgung, die kaskadische Nutzung von Energie und Material, die Kreislaufführung der bewegten Materialien, das Streben nach hoher ökologischer Vielfalt (=Biodiversität – insbesondere in der Landwirtschaft) und die die Verwirklichung der vorstehenden Bedarfsdeckungsleitlinien ermöglichende intelligente Dezentralisierung und Vernetzung. Letztere bewirken auch überschaubare und bergende soziale Einheiten und damit gesellschaftliche Stabilität sowie beglückende Lebensverhältnisse.

Mahatma Gandhi hat dies in seiner Initiative „*Village Industries*“ für ein Milliardenvolk vorausgedacht.

- f) In **Europa** muss auch noch das **Asylantenproblem** angesprochen werden: Obwohl insbesondere Afrika nicht überbevölkert ist und reichlich über Land- und Rohstoffreserven verfügt, wird keine angepasste Entwicklungspolitik betrieben. Vielmehr wird zugegesehen oder mitgewirkt, wenn lokale Konflikte entfacht, Bevölkerungen vertrieben und lokale Rohstoffe ausgebeutet werden, sowie fruchtbares Land enteignend aufgekauft wird („land grabbing“) . Südlich der Sahara wurden bereits über 17 Mio ha Agrarland enteignet und rd. 240 Mio Menschen hungern.

Die flüchtenden Menschen werden unter falschen Vorspiegelungen nach Europa geschleust und drohen nicht nur das soziale Netz sondern auch den Arbeitsmarkt zum Einsturz zu bringen. Bei strukturell steigender Arbeitslosigkeit sind Hunderttausende von meist ungelerten Arbeitskräften in den klassische Erwerbsarbeitsmarkt nicht mehr integrierbar.

Auch hier baut sich eine gesellschaftliche Bombe auf, die durch folgende Maßnahmen entschärft werden muss:

- 1) Bodenreform (Rückverteilung des Landes an die indigene Bevölkerung) gepaart mit der Einführung des Grundbuches (Rechtssicherheit und Öffnung des Hypothekenmarktes) sowie flächendeckende Gründung von Kredit-, Produktions- und Verwertungsgenossenschaften.
- 2) Ausbau des Schulwesens – insbesondere auch der Berufsschulen – und des Beratungswesens.
- 3) Bindung des Gratisstudiums an Schulen, Hochschulen und Universitäten im Ausland an die Rückkehr in die Heimat.
- 4) Demokratische Reorganisation der Gemeinwesen nach dem Subsidiaritätsprinzip (den lokalen Bürgern eine Stimme geben).
- 5) Einrichtung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit mit ‚benutzerfreundlichem‘ Zugang der Bürger gepaart mit einer vereinheitlichenden Kodifizierung der oft widersprüchlichen Rechtsebenen (Stammesrecht, altes Kolonialrecht, neu erlassene Gesetze und Verordnungen).
Derzeit herrscht in den meisten Ländern extreme Rechtsunsicherheit.
- 6) Praxis und Schulung von Politikern, Beamten und Lehrern in Gruppen in unseren Gemeinwesen (einer alleine richtet zuhause meist kaum etwas aus).
- 7) Umpolung der Militärbudgets in Richtung Bildung und Infrastruktur zur Verwirklichung der vorgenannten Ziele.
- 8) Rückübereignung der Bodenschätze an die Gemeinwesen (allenfalls unter Aufsicht des Internationalen Gerichtshofes). Dasselbe sollte für die Wälder und Wasserressourcen gelten.
- 9) Reorganisation des Geldwesens unter Einbindung in eine Internationale Währungsunion (Rückführung der Geldschöpfung an den Staat und internationale Kontrolle).
- 10) Längerfristige Zuerkennung von Schutzzöllen für die aufzubauenden lokalen Produktions- und Versorgungsstrukturen.

D 5) Bodenordnung

Die breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden ist ein gesellschaftliches Desiderat (wünschenswertes Gut); dies nicht nur, weil wir Territorialwesen sind, die sich nach Eigenbesitz sehnen, sondern auch deshalb, weil die künftige Ernährungssicherung eine kleinräumig standortorientierte, vielfältige Landbewirtschaftung nach gärtnerischen Mustern erfordert (siehe IAASTD - Weltagrарbericht 2008 – Landwirtschaft am Scheideweg).

Gegenwärtig spielt sich weltweit eine unerwünschte Konzentration des Grundeigentums ab. Einer der Hauptgründe hierfür ist die Flucht aus der Finanzblase in den Bereich der Realgüter.

Im Agrarbereich kommen noch andere Treiber hinzu: Die Regeln am Weltmarkt zugunsten nicht zukunftsfähig wirtschaftender Großsysteme („Agrarindustrien“) und die dadurch vorgegebene Preissituation, sowie der großflächige Erwerb von fruchtbarem Land im Ausland zur eigenen Ernährungssicherung (siehe oben).

Der Aufkauf der Kleinbetriebe in den Industrieländern und das großräumige ‚Land-Grabbing‘ in den Entwicklungs- und Transformationsländern bewirkt nicht nur, dass eine nachhaltige Intensivierung nach gärtnerischen Mustern künftig unmöglich wird, sondern auch, dass der für eine nachhaltige Agrikultur essentielle innige Kontakt der Bewirtschafteter zum Boden, zu den Pflanzen und zu den Tieren verloren geht.

Eine Umsteuerung in Richtung intelligent vernetzter Kleinstrukturen erscheint daher geboten. Hierbei sollte neben der künftigen Ernährungssicherung auch bedacht werden, dass dezentral neue Dauerarbeitsplätze entstehen.

Möge diese Handlungsanleitung von den Politikern - aber auch von jedem einzelnen Bürger - angenommen werden. Jeder kann in seinem Wirkungsbereich zur Umsetzung beitragen. Die grundsätzliche Reform steht an. **Es ist ökologisch und sozial fünf Minuten vor zwölf!** Wissen ist eine Holschuld. Keine/r kann sich ohne schuldig zu werden aus der Verantwortung wegstellen, denn die Angebote sind abholbar.

Prof. Dipl.-Ing. nat. techn. Dr. iur., Dipl. in Law Heinrich Wohlmeier, 1. 12. 2014 – corr. 22. 1. 2015 – akt.. 2020

Verwendete Literatur (nach Autoren alphabetisch gereiht):

- Brand Cordula et al. , Ethik in den Kulturen - Kulturen der Ethik, Festschrift für Regina Ammicht Quinn, Verlag Franke (narr\franke\latte mpto) 2017
- Bundesverband der KAB Deutschlands, Texte zur katholischen Soziallehre, Verlag Butzon & Berker 1985
- Collins J. R. , Where does Money come from, New Economics Foundation 2011
- Eichhorn W. und Solte D., Das Kartenhaus Weltfinanzsystem, Fischer Taschenbuch 2009
- Friedman Milton, Kapitalismus und Freiheit (1962), Piper Taschenbuch 2004
- Gesang Bernward, Mit kühlem Kopf, Hanser 2020
- Göpel Maja, Unsere Welt neu denken – Eine Einladung, Ullstein 2020
- Hayek F. A. , Der Weg zur Knechtschaft (1944), Olzog edition Lau Verlag 2017
- Hayek F. A. , Die Verfassung der Freiheit – Wie können Gesellschaft und Wirtschaft zum größtmöglichen Wohl aller organisiert werden (1960), Mohr Siebeck, 2004
- Hayek F. A., The fatal Concept – The Errors of Socialism, University of Chicago Press 1988
- Huber Joseph, Monetäre Modernisierung, Metropolis Verlag 2014
- Huxley Aldous, Schöne Neue Welt (1932), Fischer Klassik 2014
- Keynes J. M, Allgemeine Theorie der Beschäftigung des Zinses und des Geldes (1936), Duncker & Humblot 2017
- Köchler Hans, Schweizer Vorträge – Texte zu Völkerrecht und Weltordnung, Verlag Zeit-Fragen 2019
- Krall Markus, Wenn schwarze Schwäne Junge kriegen – Warum wir unsere Gesellschaft neu organisieren müssen, Finanzbuchverlag 2019 (4. Aufl.)
- Mill John Stuart, Essays on Economics and Society – Principles of Political Economy (1848), University of Toronto Press 1967
- Mill John Stuart, Grundätze der Politischen Ökonomie nebst einiger Anwendungen derselben auf die Gesellschaft, Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf 2011
- Pontifical Council für Justice and Peace, Compendium of the Social Doctrine of the Church, Libreria Editrice Vaticana, 2004
- Schasching Johannes, Die Soziale Botschaft der Kirche, Tyrolia Verlag 1962
- Schweitzer Albert, Kultur und Ethik, Becksche Reihe TB 1990
- Schweitzer Albert, Erfurcht vor dem Leben – Grundtexte aus fünf Jahrzehnten, Becksche Reihe 2013
- Smith Adam, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations (1776),

Meta Libri 2007

Smith Adam, Wohlstand der Nationen (1776), Anaconda 2013

Solte Dirk, Weltfinanzsystem am Limit, Terra Media Verlag 2009

United States Conference of Catholic Bishops, Economic Justice for All, 1986

Vitali S. , Glattfelder JB. , Battiston S. , The Network of Global Corporate Control,
ETH Zürich 2011

Weber Max, Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, Reclam 2017

Werner R. A. , Princes of the Yen, Armonk 2003

Werner R. A. , Neue Wirtschaftspolitik - Was Europa von Japans Fehlern lernen kann,
Vahlen 2007

Wohlmeyer H. , Globales Schafe Scheren – Gegen die Politik des Niedergangs,
edition va bene 2006

Wohlmeyer H. , Empörung in Europa –Wege aus der Krise,
Ibera/European University Press, 2014

Wohlmeyer H. , Handreichung - Manifest - Unverzichtbare Eckpunkte einer weltweit
zukunfts-fähigen Gesellschaftsgestaltung, Eigenverlag 2015

Wüthrich Werner, Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz,
Verlag Zeit-Fragen, 2020

Yousefi H. R. et al., Ethik im Weltkontext, Springer 2014

Zoche Georg, Welt Macht Geld, Blumenbar Verlag 2015

Zeitschriften

The New Statesman and Nation, 8. 7. 1933, J. M. Keynes, National Self-Sufficiency I

The New Statesman and Nation, 15. 7. 1933, J. M. Keynes, National Self-Sufficiency II

Zeit-Fragen, ISSN 1022-2448, 23, 5. 2017, Beat Kappeler, Der Euro – eine Geisel des
Kontinents, EU-Finanzminister verdrängen ungelöste Euro-Krise

Zeit-Fragen, 31. 12. 2019, Köchler Hans, Globalität auf dem Prüfstand: Ethisch
verantwortbare Alternativen zum derzeitigen Weltwirtschafts- und Finanzsystem

Online Quellen

<https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static>

The Network of Global Corporate Control PLoS ONE 6(10), e25995 (2011)